Der Kampf um die Steuerpflicht der Mitglieder der oberen Stände in Graz.

Von Dr. Franz Freiherrn v. Mensi,

k. k. Finanzlandesdirektions-Vizepräsidenten i. R.

Mit der zunehmenden Entwicklung der Städte sahen sich naturgemäß auch die Angehörigen des Adelsstandes und der Geistlichkeit immer häufiger veranlaßt, sich im Weichbilde einer Stadt anzusiedeln und daselbst Grundstücke und Häuser zu erwerben, beziehungsweise Häuser zu erbauen. Für den Klerus ergab sich der Erwerb städtischer Realitäten überdies — abgesehen von den durch den Amtssitz der Bischöfe und Seelsorger an sich bedingten Verhältnissen — oft durch unentgeltliche Zuwendungen im Wege von Schenkungen oder Legaten. Es war wohl nur natürlich, daß die Städte, die ja genötigt waren, ihr Steuerkontingent nach Maßgabe des Realitätenbesitzes und des Ertrages von Handel und Gewerbe auf ihre Bürger zu verteilen, an der Steuerpflicht der bürgerlichen Häuser auch dann festhielten, wenn selbe in den Besitz von Mitgliedern der erwähnten, im Mittelalter bekanntlich die persönliche Steuerfreiheit beanspruchenden¹ Stände übergingen, sowie wenn ein Adeliger oder Geistlicher etwa auf früher unverbautem Grunde ein Gebäude aufgeführt hatte. Einerseits war dies die Folge davon, daß die Steuer schon früher den Charakter einer auf der Realität als solcher haftenden Last angenommen hatte, anderseits liegt es in der Natur der Sache, daß die Anerkennung subjektiver Steuerbefreiungen eine empfindliche Schmälerung der städtischen

¹ Daß der auf dem kanonischen Rechte und den Reichsgesetzen beruhende Anspruch des Klerus auf Steuerfreiheit der geistlichen Personen und des Kirchenguts in den österreichischen Ländern niemals zur vollen Geltung gelangt ist, wird von Srbik (Die Beziehungen von Staat und Kirche in Österreich während des Mittelalters, S. 131—167) eingehend und überzeugend nachgewiesen.

Besteuerungsgrundlage und somit eine Erhöhung des Steuerfußes für die steuerpflichtigen Bürger mit sich bringen mußte.

Die adeligen und geistlichen Besitzer städtischer Häuser bestritten nun aber, gestützt auf ihr Steuerfreiheitsprivilegium, die Verpflichtung, zu den städtischen Lasten beizutragen.

Aus diesem Widerstreite ergab sich ein Jahrhunderte hindurch fortgesetzter Kampf zwischen den Städten und ihren den privilegierten Ständen angehörigen Einwohnern, in welchen durch landesfürstliche Verfügungen wiederholt eingegriffen wurde.

Eine allgemeine Anerkennung der Steuerfreiheit städtischer Häuser der fraglichen Kategorie hat nie stattgefunden. Wohl aber sind im 13. und 14. Jahrhundert von den Landesfürsten zahlreiche Privilegien erteilt worden, welche für die städtischen Realitäten einzelner der in Betracht kommenden geistlichen oder adeligen Eigentümer die Steuerfreiheit aussprachen.

Namentlich für geistliche Korporationen und Nutznießer wurden solche Freibriefe nicht selten ausgestellt. Zweifellos ist dies auch hinsichtlich des geistlichen Realitätenbesitzes in Graz mehrfach geschehen. Wenn Verfasser gleichwohl nur für einen solchen Fall — die im Jahre 1252 durch König Ottokar von Böhmen als Herzog von Steiermark erfolgte Befreiung der Grazer Höfe des Klosters Rein von Steuer und Wachtgeld¹ — einen Beleg aufzufinden vermochte, so erklärt sich dies, wie überhaupt die große Lückenhaftigkeit des Materials für die ältere Geschichte von Graz, in erster Linie daraus, daß das alte Stadtarchiv bekanntlich zum größten Teile der Vernichtung anheimgefallen ist.²

Von Steuerprivilegien zugunsten Adelliger wäre zu erwähnen jenes Herzog Albrechts II. vom Jahre 1342, womit die Steuerfreiheit des Grazer Hauses Konrad von Windischgrätz auch für die Zukunft bestätigt wurde, nachdem dessen bisherige tatsächliche Steuerfreilassung bewiesen worden war.³ Schon die Fassung dieses Freibriefes beweist, daß derartige Privilegien bereits früher vorgekommen waren.⁴

¹ Zahn, Urkundenbuch d. Herzogt. Steiermark, 3. Bd., Nr. 118.

² Beiträge z. K. st. Gesch.-Quellen, 11. Bd., S. 9.

³ L.-A.-Urk. Nr. 2205 d.

⁴ Daß sich solche gleichwohl nicht häufiger finden, erklärt sich, abgesehen von dem oben erwähnten Grunde, auch dadurch, daß sich aus dem Urkundenbesitze des Adels aus naheliegenden Gründen bekanntlich überhaupt weit weniger erhalten hat, als aus jenem der geistlichen Korporationen und Benefizien.

In größerer Zahl lassen sich derartige Steuerbefreiungen für andere Städte des Landes nachweisen. Alle diese Ausnahmen bestätigen aber nur die Regel, das heißt sie beweisen, daß die adeligen und geistlichen Häuser in den Städten und Märkten grundsätzlich als steuerpflichtig betrachtet wurden.

Dies geht für Graz bereits aus einer Urkunde Herzog Ottos vom 14. Juni 1336¹ hervor, womit derselbe diese Stadt auf drei Jahre von allen Steuern an den Landesfürsten unter der Bedingung befreite, daß sie im ersten Jahre 120, im dritten aber 60 Mark Silber zur Vollendung des „Stadtbaues“ (das heißt der Ausbesserung der Stadtbefestigungen) verwende, wozu die in Graz sesshaften Juden in dem bis dahin gewöhnlichen Maße, ferner „alle Edlen und Unedlen, welche mit der Stadt wandeln und Häuser in der Stadt haben“, beitragen sollten.

Noch bestimmter lauten die einschlägigen Verfügungen Herzog Rudolfs IV., des Stifters. In seiner Urkunde vom 18. Dezember 1364² heißt es, daß Richter, Rat und Bürger von Graz klagen, daß „Etliche sich aus der Stadt auf das Land gezogen, sowie daß Landherren und Edelleute vom Lande in der Stadt viel Häuser haben, welche davon nicht dienen, noch eine Steuer zahlen wollen“, wodurch der Gemeinde die Aufbringung der „gewöhnlichen Stadtsteuer“ erschwert werde. Es wird daher angeordnet, daß Jene, die aus der Stadt auf das Land gezogen sind, die Schatzsteuer bei ihrem Eide von aller ihrer Habe in Graz und auf dem Lande den Bürgern zahlen, als ob sie in Graz sitzen würden, und daß Landherren, Ritter, Knechte oder andere Leute, welche in der Stadt Höfe und Häuser haben, davon mit den Bürgern steuern sollen, mit Ausnahme der Mitglieder des „geschworenen herzoglichen Rates“. Diese Urkunde bezweckt also die Feststellung der objektiven Steuerpflicht der Häuser in der Stadt ohne Rücksicht auf die sonstige subjektive Steuerfreiheit ihrer Besitzer, sowie die Aufrechterhaltung der subjektiven Steuerpflicht der Stadtbürger ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz — beides, um einer Schmälerung der städtischen Besteuerungsgrundlage vorzubeugen.

Ob durch diese landesfürstliche Entschließung auch die bis dahin bestandenen individuellen Steuerfreiheitsprivi-

¹ Wartinger, Privilegien der Stadt Graz, Nr. 3.

² A. a. O., Nr. 6.

legien für Häuser der bevorrechteten Stände in Graz stillschweigend aufgehoben wurden oder etwa nur die allgemeine Steuerpflicht solcher Häuser, mit dem Vorbehalte der Fortdauer früherer Einzelbefreiungen ausgesprochen werden sollte, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Der Umstand, daß ein solcher Vorbehalt nicht erwähnt wird, spricht aber, wenigstens hinsichtlich der bloß auf Widerruf erteilten Steuerfreiheiten, für die erstere Annahme, zumal der nämliche Herrscher wenige Jahre vorher zugunsten der Bürger von Wien und Wiener-Neustadt alle von ihm selbst oder seinen Vorfahren für einzelne Häuser erteilten Steuerfreibriefe ausdrücklich aufgehoben und alle, wem immer gehörigen Höfe und Häuser in den genannten Städten, mit Ausnahme jener der herzoglichen Räte und der eigentlichen Klostergebäude als steuerpflichtig erklärt hatte.¹ Immerhin ist es auffallend, daß die Urkunde für Graz eine ausdrückliche Aufhebung vermeidet.

Auch unter den folgenden Landesfürsten wurde an dem Grundsätze der allgemeinen Steuerpflicht städtischer Realitäten festgehalten, dabei aber — wie v. Myrbach² zutreffend hervorhebt — ohne spezielle Erwähnung der privilegierten Stände das Schwergewicht darauf gelegt, daß alle Bewohner der Stadt, wie überhaupt alle, die daselbst Grundstücke oder einen Erwerb haben, mit den Stadtbürgern steuern sollen.

Hier wären zu erwähnen die Urkunden Herzog Albrechts III. vom 30. April 1367, womit das Privilegium Rudolfs IV. vom 18. Dezember 1364 bestätigt und zugleich der Bürgerschaft „zur besonderen Förderung und Hilfe“ bewilligt wurde, daß, wer in der Stadt Handel treibt, auch mit den Bürgern daselbst die Steuer und die anderen Lasten tragen, wer aber nicht „steuern und mit-leiden“ will, auch keinen Handel in Graz treiben solle.³

¹ Urk. vom 20. Juli 1361 für Wien und von Donnerstag nach St. Nicolaus 1361 für Wr.-Neustadt. Sieh v. Myrbach, Besteuerung der Gebäude und Wohnungen in Österreich, S. 21 u. 22.

² v. Myrbach, a. a. O., S. 24.

³ Vollständige Abschrift im Privilegienbuche der Stadt Graz (Handschr. Nr. 3796 im L.-A., Spezialarchiv Graz), f. 15, als Bestandteil des Bestätigungsbriefes Herzog Leopolds vom 3. Juni 1377. In dem Abdrucke Wartingers (S. 15 u. 16) fehlt gerade die oben im Texte reproduzierte Stelle. Die Eintragungen im Grazer Privilegienbuche (durchwegs in gleicher Handschrift) reichen bis 1539.

dann vom 8. Mai 1393,¹ wonach alle, die in Graz wohnen und ihr Hab und Gut dahin einführen, daselbst verarbeiten oder damit handeln, auch dann, wenn ihnen bisher eine Steuerbefreiung auf Widerruf zugestanden worden war, künftig gleich den Bürgern Steuer zahlen sollen — womit also auch die Allgemeinheit der Gewerbesteuerpflicht dekretiert wurde — ferner die Privilegien desselben Herzogs für Graz und mehrere andere Städte vom 23. Oktober 1393,² wonach von allen Gütern im Burgfrieden der betreffenden Stadt „zu steuern ist, was davon gebührt“.

Ohne jede lokale Beschränkung gelangt der fragliche Rechtsgrundsatz zum Ausdrucke in den „Freiheiten der Städte und Märkte des Herzogtums Steier“, welche Herzog Ernst am St. Georgstag 1418 erließ.³ Hier heißt es: „Auch meinen wir festiglich, welcher Pfaff oder Edelleut oder ihre Holden, in unseren benannten Städten und Märkten Häuser oder anderes Erbe in ihrem Burgfried haben und die Gewerb und Arbeit auf denselben mit unseren Bürgern treiben, daß dieselben mit ihnen in Steuer und anderen Sachen mitleiden sollen.“

Diese Stelle läßt nach ihrem Wortlaute eine zweifache Auslegung zu. Sie kann nämlich einfach besagen, daß der Hausbesitz einerseits und der Gewerbebetrieb andererseits, unabhängig von einander, die Steuerpflicht begründen. Es ist aber auch die Deutung möglich, daß nur jene landständischen Hausbesitzer in den Städten steuerpflichtig sein sollten, welche Handel oder Gewerbe treiben, wonach also die gewerbliche Tätigkeit eine Bedingung der Steuerpflicht gebildet hätte. Für die erstere Interpretation spricht die Erwägung, daß in den Städten überhaupt nicht nur der Hausbesitz, sondern auch der Gewerbebetrieb besteuert wurde, sowie der Umstand, daß selbst nach den späteren, den Interessen der geistlichen und adeligen Grundbesitzer sehr weit entgegenkommenden Normen gewisse ständische Häuser⁴ auch dann der Steuer unterlagen, wenn der Eigentümer kein Gewerbe trieb.

¹ Wartinger, Nr. 12.

² A. a. O., Nr. 13.

³ Abschrift vom 2. April 1433 in den L.-A.-Urkunden (Nr. 5379). Abdruck in v. Luschns Mat. z. Gesch. d. Behördenwesens u. d. Verw. in Steiermark (Beitr. z. K. st. G., Heft 29, S. 216).

⁴ Und zwar jene, wovon dem Landesfürsten „Grunddienst“ zu leisten war oder worauf die „gewöhnliche Steuer“ lag. Sieh unten S. 6 u. 8.

Mit der grundsätzlichen Dekretierung der Allgemeinheit der Steuerpflicht war aber der Gewährung individueller Steuerfreiheitsprivilegien keineswegs ein Ende bereitet. Vielmehr kam dieselbe in Graz und anderwärts noch immer vor.

So bewilligte Herzog Leopold III. am 2. November 1397 dem Friedrich von Fladnitz in Anbetracht seiner treuen Dienste als herzoglicher Kammermeister die Steuerfreiheit seines Hauses in Graz für so lange, als es im Besitze seiner Familie bleiben würde.¹ Herzog Friedrich V. (der spätere Kaiser Friedrich III.) erteilte dem Hans von Waldstein als Entschädigung für die Ablösung der Maut zu Landschach, die er der Stadt Graz abgetreten hatte, am 12. Februar 1436 für sein Haus in Graz die Steuerbefreiung auf Lebenszeit.² Am 23. März 1439 tauschte er ein Haus seines Hubmeisters Tomas Gyebinger in Graz gegen ein anderes ein und befreite auf dessen Lebenszeit das Tauschobjekt von aller gewöhnlicher Bürgersteuer sowie von Wacht- und Grunddienst.³

Wie sehr die Steuerbefreiungen um die Mitte des 15. Jahrhunderts bereits zugenommen hatten, beweisen zwei Artikel der von Kaiser Friedrich III. erteilten sogenannten Reformation der Landshandfeste vom 6. November 1445,⁴ welche folgendermaßen lautete:

„Wenn Prälaten, Grafen, Herren, Ritter oder Knechte in Städten oder Märkten oder in deren Burgfrieden Häuser oder Güter haben, die Uns keinen Grunddienst dienen, und darauf keine gewöhnliche Steuer liegt, die sollen hinfüro nicht gesteuert werden, aber Welche in Städten oder Märkten oder Vorstädten sitzen und Gewerbe mit den Bürgern treiben, dieselben sollen von ihrem Gewerbe steuern und mitleiden, ungefährlich,⁵ doch ausgenommen (Jene), welche dafür von Uns und Unseren Vorvorderen gefreiet sind.“

¹ L.-A.-Urk. Nr. 3927.

² Muchar, Gesch. Steiermarks, VII, S. 252.

³ Ebenda, S. 282.

⁴ Abgedr. in den Ausg. d. Landshandfeste, so in jener von 1842, S. 14—21.

⁵ Das heißt „ohne unbillige Härte“.

„Von der Wirte wegen, die in den Herrenhäusern sitzen in Städten und Märkten, die sollen von ihrem Gewerbe mitleiden und in anderen Wegen gehalten werden, wie die Bürger, die nicht in ihren eigenen Häusern sitzen, ungefährlich.“

Die ständische Macht war also bereits so sehr erstarkt, daß der Landesherr nicht nur den Fortbestand der alten individuellen Steuerfreiheitsprivilegien ausdrücklich zu bestätigen genötigt war, sondern nicht einmal mehr an dem Prinzip der allgemeinen Steuerpflicht städtischer Häuser von Geistlichen oder Adelligen uneingeschränkt festhalten konnte, vielmehr für ganze Kategorien derselben die Steuerfreiheit grundsätzlich aussprach.¹

Gewissermaßen als Erläuterung der allgemeinen Bestimmungen der Landshandfeste sind zwei Privilegien zu betrachten, welche Kaiser Friedrich III. am 8. Juli 1448 für Graz erließ.² In einem derselben wird erklärt, daß in Graz niemand seinen Eigenbau- oder Kaufwein verkaufen oder ausschänken dürfe, außer wenn er mit den Bürgern Schatzsteuer, Robot, Wachtdienst und andere Lasten trägt; wer sich dessen weigert, dem könne die Stadt den Verkauf und Ausschank wehren. Nach der zweiten Urkunde sind Wirte in Herrenhäusern und jene Bürger, welchen Steuerfreiheitsprivilegien erteilt worden waren, nach den bestehenden Anordnungen zu behandeln (das heißt im Falle einer gewerblichen Tätigkeit zu besteuern); nur die zwei Häuser des Hans Ungnad in der alten Judengasse, welchen der Kaiser ein besonderes Steuerfreiheitsprivilegium erteilt hatte, sollen steuerfrei bleiben.

Den Anlaß zu diesen Privilegien hatte eine Beschwerde der Stadtgemeinde über die Zunahme der Steuerbefreiungen, insbesondere über deren Ausdehnung auf einige Bürger gegeben, worin gebeten wurde, der Kaiser möge diese Begünstigungen aufheben und keine neuen mehr erteilen.³ Anstatt dieser

¹ Sieh hiezu: Srbik, a. a. O., S. 165.

² Wartinger, a. a. O., Nr. 31 u. 32. Übrigens wird die Reformation der Landshandfeste in den beiden Urkunden nicht erwähnt.

³ In der fraglichen Beschwerde von Richter und Rat zu Graz heißt es: „Wir sind baß beschwert in allen Steuern und Mitleiden von der Herrenhäuser wegen. Die ziehen sich allweg hinaus. Dazu haben Euer Gnaden etliche Bürger hier für gewöhnliche Steuer gefreiet, die uns allzeit großen Abgang bringt“ u. s. w. „Darum geruhe Euer Majestät solche Freibriefe abzuschaffen und künftig keine mehr zu geben.“ (Abschr. im handschriftl. Grazer Jahrb. des L.-A. ad 8. Juli 1448, nach einer L.-A.-Urkunde.)

Bitte zu willfahren, beschränkte sich die Entscheidung des Kaisers lediglich darauf, die Zulässigkeit des Weinverkaufs und -Ausschanks an die Bedingung der Steuerleistung zu knüpfen und die Unvereinbarkeit der Steuerfreiheit mit jeder gewerblichen Tätigkeit einzuschärfen — ein Beweis dafür, daß man an die Einschränkung der Steuerfreiheiten nicht mehr dachte.

Über die Bedeutung der obbezogenen Artikel der Landshandveste ergaben sich später Meinungsverschiedenheiten zwischen den Städten und Märkten einerseits und den oberen Ständen andererseits. Hierüber wurde von einer zur Interpretation delegierten kaiserlichen Kommission unter dem Vorsitz des Jakob von Landau, kaiserlichen Landvogtes in Schwaben und obersten Vizedoms in den niederösterreichischen Erblanden,¹ im Jahre 1501 entschieden, und zwar mit dem sogenannten Landauerschen Verträge zwischen den steiermärkischen Landleuten und der Stadt Graz als Vertreterin aller Städte und Märkte des Landes vom Tage Mariä Geburt 1501,² welcher die fraglichen Artikel folgendermaßen erläutert:

1. Häuser und Gründe der weltlichen und geistlichen Landleute in Städten und Märkten oder deren Burgfrieden, wovon dem Landesfürsten kein Grunddienst geleistet wird oder worauf keine gewöhnliche Steuer liegt, sollen künftig unbesteuert bleiben.

2. Wenn aber der Besitzer eines solchen Hauses darin ein Gewerbe treibt, hat er von diesem Gewerbe Steuer zu zahlen.

3. Wenn der Besitzer von seinen Häusern oder Gründen dem Landesfürsten Grunddienst leistet oder darauf die gewöhnliche Steuer liegt, hat er hievon jährlich die gewöhnliche Stadt- oder Marktsteuer zu entrichten.

4. Wenn Landleute ihre Bodenprodukte oder Gegenstände der ihnen zufließenden grundherrlichen Naturalgiebigkeiten (Eigenbaugetreide und Wein, Naturalzins, Zehent und Bergrechtsabgaben) in ihre in

Das ist für Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain.

² In den Ausgaben der steiermärkischen Landshandveste (zum Beispiel von 1842, S. 24—26) abgedruckt und als „Vertrag“ bezeichnet, abgleich es sich eigentlich nur um eine, allerdings von beiden Teilen akzeptierte authentische Interpretation handelte. In späteren Akten wird die Urkunde als „Landauerscher Vertrag“ bezeichnet.

Städten oder Märkten gelegenen Häuser führen und den Überschuß über ihren Bedarf verkaufen, so ist dies nicht als Gewerbe zu betrachten, sondern dürfen sie dies alles, in Gemäßheit des Artikels der Landshandveste in ihre Häuser führen und das nicht selbst Benötigte verkaufen.¹

5. Die individuellen landesfürstlichen Steuerbefreiungen bleiben aufrecht.

6. Wenn die tatsächlichen Voraussetzungen der Steuerfreiheit im Sinne des Punktes 1 zwischen der Stadt oder dem Markte und dem betreffenden Prälaten oder Landmann strittig sind und letzterer seit einigen Jahren keine Steuer gezahlt hat, „so sollen die von Städten und Märkten ihren Ja² genugsamlich beibringen, wie recht ist, sie tun das oder³ nicht, so bleibt es bei dem vorbeschriebenen unserem Entscheid“.⁴

7. Die Gäste in den Häusern der Herren und Landleute sollen von ihrem Gewerbe Steuer zahlen, doch dabei nicht beschwert werden. Wein sollen sie aber nicht ausschenken dürfen, weil die Wirte in solchen Häusern nach dem Artikel der Landshandveste so zu behandeln sind, wie nicht im eigenen Hause wohnende Bürger, daher, gleich diesen, keinen Wein ausschenken dürfen.

Die vorstehende Entscheidung bedeutet vor allem die Stabilisierung aller durch Privilegien nachweisbaren Steuerfreiheiten sowie die Anerkennung der Steuerbefreiung für alle jene landständischen Häuser in Städten und Märkten, von welchen nicht (aus dem Titel des grundherrlichen Oberigentums des Landesherrn) an die landesfürstliche Kammer ein Grundzins zu leisten war, sofern nicht eine „gewöhnliche Steuer darauf lag“, das heißt, deren tatsächliche Besteuerung nachgewiesen wurde. Artikel 4 involviert eine Einschränkung der Bestimmung des Grazer Privilegiums vom 8. Juli 1448, wonach der Verkauf oder Ausschank von

¹ Also, ohne hierfür Steuer zu zahlen.

² Das heißt offenbar: ihre Beweismittel.

³ „Oder“ wird hier im Sinne von „aber“ gebraucht, was noch heute in Dialekten vorkommt.

⁴ Diese Stelle dürfte wohl dahin zu verstehen sein, daß in solchen Fällen, wenn die Gemeinde nicht den Beweis dafür erbringt, daß von dem Hause Grunddienst geleistet wird oder eine ordentliche Steuer darauf liegt, bis auf weiteres keine Steuer zu fordern sei.

Wein in Graz die Steuerpflicht bedingte, beziehungsweise die Aufhebung dieser Bestimmung für die Mitglieder der privilegierten Stände.

Alle Konsequenz dieser Interpretation der Landshandveste ergab sich die tatsächliche Anerkennung der Steuerfreiheit für die meisten adeligen oder geistlichen Häuser in den Städten Steiermarks, namentlich also in Graz. Gewiß ein großer Erfolg für den Prälaten- und Adelsstand! Allerdings dürften diese Stände hiemit noch keineswegs zufrieden gewesen sein. Hatten sie doch, gestützt auf ihre persönlichen Steuerfreiheitsprivilegien und unter Hinweis darauf, daß ihre städtischen Häuser lange Jahre hindurch unbesteuert waren und deren Besteuerung erst in den letzten Kriegszeiten versucht wurde, behauptet, daß im Sinne der Landshandfeste allen ihren städtischen Realitäten die Steuerbefreiung zukomme!

Im Zusammenhange mit dem Landauerschen Vertrage wäre noch eine Entscheidung König Ferdinands I. vom 31. Oktober 1523 zu erwähnen, welche in die Landshandfeste aufgenommen wurde.¹

Hierin wird eine zwischen den oberen Ständen einerseits und den Städten und Märkten andererseits hinsichtlich der in solchen Gemeinden gelegenen Güter von Mitgliedern der oberen Stände seit längerer Zeit bestandene „Irrung und Zwietracht“ dahin entschieden, daß, wer Grundzins hat, auf die Güter, die er in Städten, Märkten und Burgfrieden hat, Steuer schlagen soll und darf, wer darauf aber keinen Grundzins hat, darauf auch keine Steuer schlagen soll und darf. Doch seien Überzinse nicht als Grundzinse zu betrachten.² Gegen diese Verordnung dürfe bei schwerer landesfürstlicher Ungnade nicht gehandelt werden.

Hiemit wird für die Steuerrepartition in den landesfürstlichen Städten und Märkten eine grundlegende Norm

¹ L.-H.-F., Ausgabe 1842, S. 58.

² Über den Begriff „Überzinse“ s. Mensi, Geschichte der direkten Steuern in Steiermark, I, S. 417. — Dieselben gehörten grundsätzlich zu jenen Bestandteilen der steuerpflichtigen Gült, von welchen der Gültbesitzer die Steuern nicht auf seine Untertanen (beziehungsweise Zinspflichtigen) repartieren durfte. (Ebenda, S. 217 und 304.)

aufgestellt. Für jene Stadthäuser von Adeligen und Prälaten, welche dem Landesfürsten zinspflichtig waren, deckt sich dieselbe mit dem Landauerschen Vertrage, wonach solche Häuser von der betreffenden Gemeinde, die ja namens des Landesfürsten die Steuer veranlagte, zu besteuern waren.

Der Schwerpunkt jener Entscheidung liegt aber darin, daß hiemit auch das Recht der oberen Stände anerkannt wurde, hinsichtlich der ihnen zinspflichtigen Realitäten in Städten oder Märkten die dem Zinsbetrage entsprechende Quote ihrer Gültsteuer auf die Inhaber dieser Realitäten zu repartieren — ein Recht, welches den Herren und Landleuten ja hinsichtlich ihrer Zinsholden außerhalb der landesfürstlichen Städte und Märkte schon seit jeher zustand.

Übrigens dürften in diesen Ortschaften wohl zumeist nur wenige Grundstücke, insbesondere aber nur sehr wenige Häuser den Mitgliedern der oberen Stände zinspflichtig gewesen sein, so daß die fragliche Anordnung die lokalen Steuerverhältnisse im großen und ganzen kaum allzu fühlbar beeinflussen konnte.

Die im vorstehenden besprochenen allgemeinen Anordnungen bildeten die gesetzliche Grundlage für die Entscheidung über Steuerpflicht oder Steuerfreiheit landesfürstlicher Häuser in künftigen Fällen. Die Erteilung neuer Steuerfreiheiten durch die Landesfürsten wurde hiedurch natürlich nicht ausgeschlossen. Dieselbe hat denn auch späterhin in einzelnen Fällen stattgefunden, wiewohl anscheinend nicht mehr so häufig wie früher.

So bewilligte Kaiser Friedrich III. am 19. Juli 1468 dem kais. Rate und Pfleger zu Eppenstein, Georg Kunacher, aus besonderer Gnade wegen seiner geleisteten Dienste die Befreiung seines Hauses in der Klostersgasse von allen Steuern und sonstigen städtischen Lasten. Diese Begünstigung solle auf seine Lebenszeit ihm und allen jenen, die er in das Haus als Wirtsleute aufnehmen oder denen er dasselbe „hinlassen“ (d. i. vermieten) werde, zukommen und das Haus hierin „so gehalten werden, wie es hier bei anderer Edelleute Häuser gehalten wird und von Alters her Herkommen ist, ohne Irrung und Hindernis.“¹

¹ Kopialbuch der Kanzlei Friedrichs III. für 1468 bis 1478 (H. u. St.-Arch., Handschr. Nr. 419/528), f. 29.

Auch einzelnen Bürgern erteilte Friederich, wie oben erwähnt wurde, die Befreiung von Steuern und sonstigen Lasten, so beispielsweise am 22. Jänner 1478 dem Thomas Hartlieb und seiner Hausfrau auf deren Lebenszeit, wobei der Kaiser die Erwartung aussprach, daß Hartlieb, so lange ihm dies seine Gesundheit gestattet, ihm an seinem Hofe dienen werde.¹ In solchen Fällen beschränkte sich die Steuerfreiheit jedoch wohl stets auf den begnadeten Bürger und dessen Familie, ohne auch den sonstigen Einwohnern des Hauses zugute zu kommen.

In einzelnen Fällen bestand die Begünstigung nicht in einer vollständigen Befreiung von der Stadtsteuer, sondern in der Limitierung des Steuerbetrages, die gewissermaßen eine teilweise Befreiung in sich schließt. So bewilligte Friedrich dem Schlosser und Bürger Ulrich Henneberg im Jahre 1469 aus Gnade, daß er an „gewöhnlicher Stadtsteuer, so Uns Unsere Stadt Graz jährlich zu reichen schuldig ist“, und an sonstigen Anschlägen, „so jetzund auf diese Unsere Stadt hin beschehen,“ bis auf Widerruf nicht mehr als 12 Schillinge jährlich zu bezahlen habe.²

Auch aus späteren Zeiten finden sich noch einzelne Steuerfreilassungsurkunden.

So wurde das von den Landständen als Landhaus angekaufte Haus von Maximilian I. mit Freibrief vom 30. Juni 1494³ von allen Abgaben (Steuer, Wachtgeld, Robot und anderen Lasten) befreit. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts kauften die Stände ein an dieses Gebäude anstoßendes kleines Haus des Bürgers Ulrich Hollger, wovon sie zunächst die Steuern und sonstigen bürgerlichen Lasten trugen. 1557 wurde dieses Haus aber wegen Bau-fälligkeit niedergerissen und der an dessen Stelle aufgeführte Bau mit dem Landhause unter ein Dach gebracht, worauf Kaiser Ferdinand I. auch diesen Zubau von allen bürgerlichen Lasten und Abgaben befreite.⁴

Diese Steuerbefreiung des Landhauses ist allerdings weniger als ein besonderer landesfürstlicher Gnadenakt zu

¹ Sieh die in vorstehender Anmerkung zitierte Handschrift (f. 213) und Chmel im Notizenblatt d. Akad. d. W., 2. Jahrg., S. 116. Der obige Beisatz beweist, daß die Steuerbefreiung hier die Gegenleistung für gewisse geschäftliche Dienstleistungen bildete, durch welche sich Hartlieb den stets geldbedürftigen Herrscher verpflichtet hatte.

² Sieh die vorerwähnte Handschrift, f. 81.

³ Landsch.-Urk., Abtlg. G, Nr. 20.

⁴ Urk. v. 31. Okt. 1558, (Ebenda, Nr. 68.)

betrachten. Sie beruht vielmehr zweifellos auf den gleichen Erwägungen, wie die in der heutigen Steuergesetzgebung ausgesprochene Gebäudesteuerfreiheit der den Zwecken der öffentlichen Verwaltung dienenden Gebäude des Staates und der Länder.

Vereinzelt kommen aber auch noch anderwärtige Steuerbefreiungen vor. So wurde die Befreiung von allen Steuern und bürgerlichen Leistungen durch König Ferdinand I. am 7. August 1533 dem Georg von Herberstein und seinen Brüdern, dann dem Seibold Pögl für deren durch Kauf erworbene „Fladnitzer-Behausung in Graz“ erteilt.¹ Die gleiche Begünstigung erhielt im Jahre 1573 vom Erzherzog Karl II. das damals errichtete Grazer Jesuitenkollegium samt allen seinen Bewohnern und den daselbst befindlichen Mobilien² und im Jahre 1609 durch Erzherzog Ferdinand ein Haus, welches das Frauenkloster Santa Clara von einem Grazer Bürger gekauft hatte,³ in letzterem Falle insbesondere aus Rücksicht auf die verstorbene Mutter des Erzherzogs, die Stifterin des Klosters.

Die häufigen Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen der Stadt und ihren adeligen und geistlichen Hausbesitzern ergaben, führten seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts nicht selten zu Vergleichen, worin von den Betreffenden die Steuerpflicht ihrer Häuser anerkannt und zuweilen auch das Steuerausmaß vereinbart wurde.⁴

So verglich sich der Bischof Mathias von Seckau am 30. August 1483 mit der Stadt bezüglich der im bischöflichen Garten am Bischofshofe gelegenen sechs Häuser, deren jedes dem Bistum jährlich 4 Schilling Zins geben, sonst aber deren Bewohner „gemeiner Stadt in allem Mitleiden gehorsam und gewärtig sein“ solle.⁵ Am 9. Mai 1508 schloß Wolf-

¹ Muchar, a. a. O., S. 402.

² Stiftungsurk. vom 12. Nov. 1573. (Peinlich, Gesch. d. Gymnas. in Graz, 3. Heft, Gymn.-Progr. 1869, S. 10.)

³ L.-A.-Urk. vom 15. Febr. 1609.

⁴ Daß solche Vergleiche nicht in größerer Zahl erhalten sind, erklärt sich dadurch, daß von dem Archive der Stadt nur mehr dürftige Reste vorhanden sind.

⁵ L.-A.-Urk., Nr. 7963 b. Also ein Verzicht des Bischofs auf das ihm als Grundherrn zustehende Recht der Steuereinhebung zugunsten der Stadt.

gang der Windischgrätzer mit Bürgermeister, Richter und Rat der Stadt Graz einen Vertrag über sein dortiges Haus, wonach hievon an Steuer, Wachtgeld, Robot und anderem „Mitleiden“ jährlich zu Weihnachten 4 Pfund Pfennige gezahlt, die im Hause wohnenden „Inleute“ aber von der Stadt hinsichtlich aller Abgaben nach Maßgabe ihres Vermögens besteuert werden sollten. Die Windischgrätzer sollen „keinerlei Freiheit ausbringen, noch genießen, sondern sich in dem und Anderem halten, wie andere Adelige, welche sich auch dermaßen mit der Stadt verglichen haben“. ¹ Ganz ähnlich lautet der Vergleich, den die Stadt am 1. Mai 1509 mit Anton Rudolf von Khollenburg und seiner Frau wegen des von diesen erkauften Hauses in der Bürgerstraße abschlossen. Hierin wird die Pauschalabfindung für Steuern und andere städtische Lasten mit jährlich 3 Pfund, zahlbar zu Weihnachten, vereinbart, ferner gleichfalls die Besteuerung der Inleute vorbehalten, sodann dem Eigentümer das Recht eingeräumt, seine Eigenbauprodukte samt dem Ertragnisse von Naturalzinsen und Zehenten in seinem Hause zu verkaufen, jedoch unter Ausschluß des Weinausschankes vom Zapfen. ²

Die im vorstehenden dargestellten landesfürstlichen Maßnahmen und Vereinbarungen zwischen der Stadt und den Interessenten vermochten jedoch die durch die gesamte Entwicklung, namentlich aber durch das Überhandnehmen des adeligen Hausbesitzes in Graz bedingten Friktionen hinsichtlich der Besteuerung solcher Häuser nicht zu verhüten.

Schon in einer im Augsburger Libell vom 10. April 1510 ³ überlieferten Eingabe der landesfürstlichen Städte und Märkte wird darüber Beschwerde geführt, daß die Herren und Landleute ihre auf Grund der städtischen Privilegien seit jeher besteuert gewesenen Realitäten in den Städten nicht mehr versteuern wollen. Kaiser Maximilian I. befahl, daß über diese Beschwerde verhandelt und Abhilfe geschaffen werden solle und daß es diesfalls zu halten sei, wie „von Alters herkommen“ ist. Der Erfolg dieses Auftrages ist nicht bekannt. Jedenfalls war derselbe aber kein nachhaltiger.

¹ L.-A.-Urk.

² L.-A.-Urk.

³ St. Landshandfeste, Ausg. 1842, S. 44.

Das Bestreben, die Steuerfreiheit, welche viele ständische Häuser in den Städten und Märkten genossen, ohne spezielle landesfürstliche Privilegien und ohne fallweise Vereinbarungen mit der Stadt immer weiter auszu dehnen, und zwar auch auf solche bürgerliche Häuser, welche von Adelligen kaufweise erworben worden waren, machte sich nämlich in den nächsten Jahrzehnten in steigendem Maße geltend. ¹

Insbesondere aber gab die Bestimmung des sogenannten Landauerschen Vertrages vom Jahre 1501, daß, wenn Herren oder Landleute ihre Bodenprodukte (einschließlich der Objekte von Naturalzinsen und Zehenten) in ihren Stadthäusern verkaufen, dies nicht als steuerpflichtiges Gewerbe anzusehen sei, der Stadt Graz Anlaß zu wiederholten Beschwerden.

In einer am 12. Juli 1543 der niederösterreichischen Regierung und Kammer überreichten Vorstellung bestritt die Stadtgemeinde (Bürgermeister, Richter und Rat) unter Berufung auf frühere Verhandlungen, daß jener Vertrag, welcher den städtischen Freiheiten widerspreche, zum Schaden des Gewerbes und Weinhandels der Bürger in fortdauernder Geltung bleiben könne. In einer Vereinbarung („Deklaration“) zwischen Richter und Rat der Stadt Marburg und dem adeligen Landmanne Virgilian Tunkel habe letzterer sich verpflichtet, von seinen in seinem bürgerlichen Hause verkauften Produkten (Eigenbauwein u. s. w.), gleich den Bürgern Steuer zu zahlen. Zugleich sei anerkannt worden, daß dies auch in anderen ähnlichen Fällen zu geschehen habe.

Unter Berufung auf einen über diese Deklaration erfolgten Landtagsschluß, wonach Landleute welche in Städten wohnen, nur dann steuerfrei sein sollen, wenn sie kein Gewerbe treiben, erklärt die Stadtgemeinde Graz, daß sie künftig gegen jene, welche sich weigern, ihren zum Ausschank bestimmten Wein u. s. w. zu versteuern, nach der darüber publizierten Verordnung durch Pfändung und „anderwärts gebührlichermaßen“, wie in Marburg und anderen Städten vorgehen werde. ²

Die Frage kam indes vorläufig nicht zur Austragung. Vielmehr bildete sie zehn Jahre später den Gegenstand eines

¹ Aus der Replik der Städte und Märkte im Schriftenwechsel über deren Steuerkontingent (undatiert, zirka 1532—1533, im L.-A.-Fasz., St. u. M.).

² L.-A., Fasz. St. u. M.

förmlichen Rechtsstreites¹ zwischen der Stadt Graz und einigen Landleuten, welche daselbst bürgerliche Häuser besaßen, wovon ihre Vorfahren jederzeit mit der Bürgerschaft gleiche Lasten getragen hatten, während sie sich denselben nach der 1543 erfolgten Neuregelung des Grazer Besteuerungssystems, insbesondere nach der späteren Erhöhung der Weinsteuer auf 4 Schilling vom Startin, entziehen wollten.

Der Stadtrat wollte gegen die Säumigen nach dem alten Gebrauche der Stadt vorgehen, das heißt ihnen die Ein- und Ausfuhr durch die Stadttore sperren, weshalb einige derselben die Stadt anfangs 1553 „vor den Vizedom zitierten“, also bei der mit der Ausübung der landesfürstlichen Gewalt über die „mitleidenden“ Städte und Märkte betrauten Behörde verklagten.

Die Stadt betonte in ihrer Einrede (richtiger Klage), daß sie behufs Abstellung der mit ihrem früheren Steuersysteme (Pauschaleinschätzung) verbundenen Übelstände, insbesondere zur Erzielung einer größeren Gleichmäßigkeit, vor einigen Jahren mit Zustimmung des Vizedoms und der niederösterreichischen Regierung eine neue Ordnung eingeführt habe, indem alle bürgerlichen Häuser in und vor der Stadt geschätzt und alle eingeführten Waren ausnahmslos beschrieben wurden. Nun sei nur mehr der dritte Teil der Stadt mit Bürgern besetzt, und werde die Steuerverweigerung adeliger Besitzer bürgerlicher Häuser immer mehr Bürger aus der Stadt treiben. Diese sei daher nicht in der Lage, die Adeligen, die in der Stadt Handel treiben, in der Steuer „zu übertragen“, das heißt deren Steuerquote den Bürgern aufzubürden.

Die hierüber seitens der Regierung verlangte Gegenschrift² wurde nicht von den seitens der Stadt belangten adeligen Hausbesitzern, sondern von der Landschaft selbst erstattet, welche die Sache als ihre gemeinsame Angelegenheit betrachtete. Dieselbe interpretierte hierin die Bestim-

¹ Das bezügliche Material findet sich, soweit nicht anders angegeben, im L.-A., Fasz. Städte und Märkte. Die ausführliche Wiedergabe der beiderseitigen Argumentation erscheint zur Charakterisierung des Standpunktes beider Teile geboten.

² Die städtische Beschwerde wurde dem Landeshauptmanne am 21. Februar 1553 mit Hofratschlag mit dem Auftrage zugestellt, die betreffenden Landleute zur Zahlung zu verhalten, allenfalls deren Einreden vorzulegen. Die an den König gerichtete Gegenschrift der Landschaft wurde am 15. März dem Bürgermeister zufertigt.

mung der Landshandfeste hinsichtlich der Steuerpflicht der Landleute, welche in einer Stadt bürgerliche Häuser¹ besitzen, dahin, daß diese Verpflichtung sich nur auf die Beiträge zu den vom Landtage dem Landesfürsten bewilligten Steuern beschränke. Dies sei altes Herkommen. Die Stadt Graz schreibe aber nicht nur zu dem gedachten Zwecke, sondern auch zur Bestreitung ihrer sonstigen Ausgaben Steuern aus. Hinsichtlich der auf diese Ausgaben entfallenden Steuerquote könne von einer Verpflichtung der Landleute keine Rede sein, weil sie zu allen Landesanlagen selbst beitragen und in ihren Stadthäusern nur die Erträgnisse ihrer Güter verzehren. Die Stadt schlage aber selbst auf die befreiten Häuser der Landleute Steuern an und auf die unbefreiten mehr als sich gebührt, dazu noch auf den Eigenbau-, Zins-, Bergrecht- und Zehentwein u. s. w. Letzteres widerspreche der Landshandfeste,² nach welcher der Verkauf solcher Produkte nicht als Gewerbe zu betrachten sei. Die neue Steuerordnung der Stadt Graz kümmere die Landschaft nicht, da sie derselben nicht zugestimmt habe und auch vom Könige eine dem Herkommen und der Freiheit der Landschaft widersprechende Besteuerung nicht zugelassen worden sei.

Es wird daher um die Verfügung gebeten, daß die Stadt Graz ihren Steueranschlag nur unter Intervention des Vizedoms vornehmen dürfe, damit die landständischen Hausbesitzer nicht, anstatt 1 fl., 2 oder 3 fl. zahlen müssen. Die Landschaft parierte die Ausführungen der Stadt also mit dem Begehren, deren Steuerverwaltung gewissermaßen unter die Kuratel der landesfürstlichen Behörde zu stellen.

In ihrer ausführlichen Replik³ bemerken Bürgermeister, Richter und Rat der Stadt Graz vor allem, ihre Klage sei nicht gegen die ganze Landschaft gerichtet, sondern nur gegen einzelne Landleute. Die von der Landschaft

¹ In der Landshandfeste heist es: „Häuser, welche dem Landesfürsten Grundzins dienen“. Die Landschaft bemerkt, daß die Grazer solche Häuser als „bürgerliche“ bezeichnen.

² Richtiger deren Interpretation durch den sogenannten Landauerischen Vertrag. (Sich oben S. 8.)

³ Diese undatierte Replik wurde mit königlichem Handschreiben vom 21. Juli 1553 dem Landeshauptmann Hans Ungnad Freiherrn zu Sonneck zur Vorlage einer Gegenäußerung der Landschaft, insbesondere aber der geklagten Landleute und Prüfung durch unparteiische Personen zufertigt.

befürchtete Rückwirkung auf andere Städte könne nicht eintreten, da die Steuerordnungen verschieden seien.

Die Häuser der Beklagten seien nicht Freihäuser, sondern zum Grundzinse an den Landesfürsten verpflichtet und deshalb von altersher besteuert gewesen, deren Eigentümer daher verpflichtet, hievon alle bürgerlichen Lasten zu tragen. Die Beschränkung der Steuerpflicht auf die zur Aufbringung des landtäglichen Steuerkontingents erforderlichen Beiträge sei im Landauerschen Verträge von 1501 nicht begründet, da nach diesem die Adeligen von ihren bürgerlichen Häusern alle Stadtsteuern mitzutragen haben. Mehr als von den Bürgern werde von ihnen aber nicht verlangt. Vielmehr seien diese infolge ihrer Gewerbesteuerpflicht zehnmal mehr belastet. Die Stadt müsse in Ermanglung eines sonstigen Einkommens auch ihre Verwaltungsauslagen (Gehalte des Bürgermeisters, der Beamten und Geistlichen, Befestigungs- und Wasserschutzbauten, Beschaffung von Munition und Proviant u. s. w.) im Wege der Besteuerung bestreiten, zumal das Erträgnis der in ihrem Pfandbesitze befindlichen Maut nicht einmal zur Erhaltung der Brücken und Wege hinreiche. Insoferne die Landleute den Aufwand für verschiedene „Ehrungen“ bemängeln, sei die Stadt bereit, ihnen die entsprechende Steuerquote nachzusehen. Schon lange vor der neuen Steuerordnung habe man das gesamte Erfordernis durch Steuern bedeckt, ohne Rücksicht auf den persönlichen Stand der Besitzer bürgerlicher Häuser.

Gegen die Intervention des Vizedoms bei der Steueranforderung habe die Stadt nichts einzuwenden. Auch wolle sie den Beschwerdeführern in die Bemessung vollen Einblick gewähren. Ihnen Rechenschaft zu geben, sei sie aber nicht verpflichtet, da man der Stadt hinsichtlich der Besteuerung der Untertanen auf dem Lande ein solches Recht auch nicht einräume.

Gegenüber dem Wunsche der Gegner, anstatt nach der neuen Steuerordnung, nach den alten Besteuerungsgrundsätzen behandelt zu werden, wird für einige derselben nachgewiesen, daß sie bei Anwendung der letzteren im Hinblick auf die seither eingetretene beträchtliche Erhöhung des Steuerkontingents der Stadt weit mehr zahlen müßten, als ihnen für 1552 vorgeschrieben wurde.¹ Die Stadt habe daher

¹ Der Landmann Steiger habe für sein Haus vor Jahren, als das Kontingent der Stadt nur 500 $\bar{n}$ betrug, 8 $\bar{n}$ gezahlt. Bei dem

gegen die Anwendung der alten Normen nichts einzuwenden. Eine teilweise Befreiung könne sie aber nicht zugehen.

Daß die Beklagten der neuen Ordnung nicht zustimmten, sei ohne Belang, da sie immer behaupteten, mit der Stadt nichts zu schaffen zu haben, diese daher keinen Grund hatte, sie zu befragen. Die neue Ordnung sei von der Mehrheit der Einwohner beschlossen worden, somit für alle verbindlich.

Der Landauersche Vertrag komme gegenüber den älteren Freiheiten der Stadt nicht in Betracht. Nach diesen seien die Landleute, die in Graz Häuser besitzen, verpflichtet, ihren Wein und andere Waren, die sie in die Stadt einführen und dort verkaufen, zu versteuern. Die Weinsteuer werde einerseits vom Eigenbauweine, andererseits von jenem aus Zehent und Bergrecht gefordert. Werden die Beklagten für diese letzteren Weine von der Steuer entbunden, so müsse die Stadt sich dabei zufrieden geben. Die Befreiung von der Steuer auf Eigenbauwein wäre aber sehr unbillig, zumal die Beklagten hiemit Gewerbe treiben und der Verkauf unversteuerten Weines den Bürgern große Konkurrenz bereiten würde. Überdies werde der Eigenbauwein nicht durch die landschaftliche Steuer der Landleute getroffen.¹

Die Gegenäußerung (Duplik) der drei oberen Stände wurde erst am 16. März 1555² erstattet, und zwar unter Beziehung auf eine inzwischen überreichte (undatierte) Beschwerde der Gesamtheit der landesfürstlichen Städte und Märkte,³ welche die Besteuerung der daselbst

jetzigen Kontingente von 6000 $\bar{n}$ würde dies einer Steuer von 96 $\bar{n}$ entsprechen, während er für sein Haus und die eingeführten 48 $\frac{1}{2}$ Startin Wein pro 1552 nur 49 $\bar{n}$ zu bezahlen hatte. Senftenberg habe für 1552 nur 16 $\frac{1}{4}$ $\bar{n}$ zu bezahlen, während er nach dem Verhältnisse des alten Anschlagens mit 48 $\bar{n}$ zu belegen wäre. Ähnlich stehe die Sache in anderen Fällen. Christian Haimers Haus sei nicht, wie er behauptet, ein Freihaus, sondern diene dem Landesfürsten Grundzins und unterliege daher der gewöhnlichen Steuer. Gleichwohl sei es vorläufig nicht besteuert worden, weshalb er jetzt nur seinen Bauwein zu versteuern habe.

¹ Über die Steuerfreiheit der herrschaftlichen Eigenbauweingärten s. Mensi, Gesch. d. direkten Steuern in Steierm., I. Bd., insb. S. 155 und 219. Die Steuer von Zehent und Bergrecht hatten die Herren aus Eigenem zu entrichten, s. ebenda, S. 215—218.

² Landtagshandlungen, Bd. XI, f. 3—13.

³ Ebenda, f. 1—2.

behausten Herren und Landleute von ihrem Handels- und Gewerbebetriebe anstrebte.

In bezug auf die Besteuerung des nach Graz zum Verkaufe eingeführten Weines und Getreides wird betont, daß der Verkauf solcher aus der eigenen Landwirtschaft sowie aus Zins, Zehent oder Bergrecht gewonnenen Produkte seitens der Herren und Landleute nach einer Entscheidung Kaiser Maximilians¹ nicht als Handel oder Gewerbe anzusehen sei. Überhaupt seien die Städte nicht berechtigt, ohne Zustimmung des Vizedoms Steuern einzuführen, worüber sie sich allerdings hinwegsetzten. Das Beispiel von Graz habe auch andere Städte und Märkte bestimmt, von den daselbst Häuser besitzenden Herren und Landleuten entgegen den Landesfreiheiten, Steuern und Schanzgeld, Fürfahrtgeld oder Maut und dergleichen Abgaben zu fordern, was eine unerhörte Neuerung bedeute.

Was die Häuser der Landleute in den Städten und Märkten betrifft, so müsse unterschieden werden zwischen den von allen städtischen Lasten befreiten Freihäusern und jenen Häusern, wovon dem Landesfürsten Grunddienst oder Grundzins gereicht wird. Hinsichtlich einiger dieser letzteren sei die Abgabenerleistung von den betreffenden Eigentümern durch einen Vertrag mit der Stadt pauschaliert worden.² Wenn ein derartiger Vergleich nicht besteht, werde für solche Häuser stets die gewöhnliche Stadt- und Marktsteuer unweigerlich gezahlt. Für jenen Teil der Steuer, der zur Bedeckung der Gemeindeauslagen dient, könne dies aber nicht gefordert werden. Überdies werde die Steuer seitens der Städte und Märkte nicht nur von den Häusern der Mitglieder der drei oberen Stände, sondern auch von deren Grundstücken im Burgfrieden der Gemeinde verlangt, wovon dem Landesfürsten kein Grunddienst oder Grundzins zu leisten sei. Dies widerspreche der Landesfreiheit und dem Herkommen.

Schließlich wird auf das den Städten und Märkten durch die Herabsetzung ihres Steuerkontingents³ und durch den Nachlaß von Steuerrückständen bewiesene Entgegenkommen und auf die Ungleichmäßigkeit ihrer Steueranschläge u. s. w. hingewiesen.⁴

¹ Gemeint ist auch hier wieder nur der „Landauersche Vertrag“.

² Sieh oben S. 13.

³ Das Kontingent der landesfürstlichen Städte betrug ursprünglich ein Viertel der Gesamtbewilligung des Landes, wurde aber durch Vergleich vom 3. Februar 1543 auf ein Sechstel herabgesetzt.

⁴ Die Wiedergabe der sonstigen, hauptsächlich durch die Beschwerde der Gesamtheit der Städte und Märkte veranlaßten Ausführungen der Landschaft würde hier zu weit führen.

Nach dem im vorstehenden auszugsweise skizzierten Schriftenwechsel zog sich die Verhandlung noch durch Jahre hinaus.

Auf den am 15. September 1556 erlassenen Befehl des Vizedomamtsverwalters, jenen Herren und Landleuten, welche in Graz Häuser besitzen, die Einfuhr ihres Weines in die Stadt ungehindert zu gestatten, erwiderte die Stadt am 25. September, der zum Hausbedarfe gehörige Wein werde ohnehin immer hereingelassen, was aber darüber hinausgehe, müsse bei jenen, die ihre Steuer nicht zahlen, von der Einfuhr ausgeschlossen werden. Diesen ihren Standpunkt wahrte die Stadt auch gegenüber einer neuerlichen — unter Hinweis auf den vor dem Könige anhängigen Rechtsstreit überreichten — Beschwerde der Landschaftsverordneten in einem Berichte an den Vizedom, ebenso im Jahre 1558 gegenüber dem durch eine Beschwerde dreier an der Sache beteiligter Landleute veranlaßten Verbote des Landeshauptmannes, die Betreffenden, entgegen dem „jüngst ergangenen A. H. Befehle“ zu beschweren.¹

Unter diesem A. H. Befehle ist anscheinend das nicht bloß auf Graz bezügliche Dekret Kaiser Ferdinands vom 13. Dezember 1557 an den Landeshauptmann zu verstehen, womit, weil zwischen den drei oberen Ständen und den Städten „allerlei Trotz und Widerwillen“ bestehe und deshalb die Stände eigene Gesandte nach Wien geschickt hatten, der Auftrag erging, dahin zu wirken, daß zwischen den beiden Teilen „guter Willen und Einigkeit“ erhalten werde.

Mit dem an die Landstände gerichteten Hofdekrete vom 10. Dezember 1558 erließ endlich eine landesfürstliche Entscheidung in der Grazer Streitfrage, aber nur eine provisorische und nicht über die Frage der Steuerpflicht selbst. Es wurde nämlich den drei Beschwerdeführern gestattet, ihre Weine bis Ende April 1559 nach Graz einzuführen und dort zu verkaufen, doch werde die Stadt ermächtigt, hierüber Aufschreibungen zu führen. Bis zu dem gedachten Zeitpunkte sei, damit auch der Streit in der Hauptsache entschieden werden könne, die Angelegenheit spruchreif zu stellen. Die der Stadt vom Landeshauptmann und vom Vizedom wegen Nichtbefolgung ihrer Aufträge auferlegten Geldstrafen wurden nachgesehen.

¹ Beschwerde vom April 1558, Befehl vom 13. Juli, Antwort vom 2. Aug. 1558.

Über die schwebende Frage der Steuerpflicht hatten inzwischen Bürgermeister, Richter und Rat der Stadt Graz ihre *Schlußschrift* erstattet.¹

Hierin wird neuerdings bemerkt, die Gemeinde habe nicht die Gegenschrift der drei oberen Stände zu beantworten, da sich ihre Klage nur gegen einige Einzelpersonen richte. Die Generalklage der Städte und Märkte habe mit dieser Sache nichts zu tun.²

Die Bürgerschaft besitze nur ein Drittel des Grundes und Bodens der Stadt, der Rest gehöre dem Klerus und den adeligen Landleuten. Handel und Gewerbe liege darnieder. Das Steuerkontingent der Stadt könne daher nicht aufgebracht werden, wenn die Häuser- und Weinverkäufe der Landleute in Graz steuerfrei wären. Übrigens sei von drei der acht Beklagten der Steuerausstand schon berichtigt worden, die übrigen Herren und Landleute hätten stets ohne Widerrede gezahlt. Der Steueranschlag sei in Anwesenheit des Vizedoms beschlossen worden. Die Freiheiten der Stadt gälten ebensoviel wie jene der Landschaft, seien sogar älter als diese, überdies Spezialprivilegien, welche allen übrigen vorangehen. Insbesondere beruft sich die Stadt auf Freibriefe Herzog Albrechts III. von 1369 und 1393 und Kaiser Friedrichs III. von 1448,³ von welchen der erste im Interesse der Bürger frühere Steuerfreiheiten einzelner Personen aufhebe, der zweite die Steuerpflicht der in der Stadt Begüterten als eine allgemeine ausnahmslose hinstelle und der dritte die Steuerpflicht des Weinhandels und Ausschankes in der Stadt näher regle. Diese Freibriefe seien auch von allen späteren Landesfürsten bestätigt worden. Daran könne der Landauersche Vertrag nichts ändern, zumal nicht anzunehmen sei, daß die gemeine Bürgerschaft zu dessen Abschluß die Ermächtigung gegeben habe. Auch sei die Stadt stets im Besitze der frag-

¹ Undatiert, jedoch wahrscheinlich März 1558 (L.-H., Bd. 11, f. 15—28). — Die *Schlußschrift* war schon am 20. Nov. 1555 verlangt und vom Landeshauptmann am 30. Jänner 1558 unter Festsetzung einer vierwöchentlichen Frist betrieben worden.

² Sieh oben. Eine rein formale prozessuale Einwendung! Der Streitpunkt war ja doch in beiden Fällen der gleiche.

³ Die maßgebenden Stellen der fraglichen Privilegien werden in der *Schlußschrift* reproduziert. Es handelt sich um die Freibriefe vom 8. Mai 1393, 23. Oktober 1393 und 8. Juli 1448 (Wartinger, Nr. 12, 13 und 31. Sieh oben S. 5 und 7). Das erste derselben wird irrig, anstatt 1393, von 1369 datiert. Aus letzterem Jahre findet sich überhaupt keine derartige Urkunde.

lichen Rechte gewesen und habe sie bisher immer ungehindert gehandhabt. Allerdings sei einigen Herren und Landleuten durch Kontrakte zugestanden worden, für ihre Häuser jährlich einen vereinbarten Betrag anstatt der sonst hievon entfallenden Abgaben zu bezahlen.¹ Infolge der fortwährenden Abnahme der Bürgerschaft und des bürgerlichen Gewerbes werde die Stadt aber genötigt sein, diese Verträge zu kündigen, damit jeder von seinem Hause die Steuer nach dessen Verkehrswert bezahle und hierin Gleichheit gehalten werde. Im Sinne aller früheren Ausführungen wird um die Verfügung gebeten, daß die Herren und Landleute, welche in der Stadt Häuser besitzen und Wein verkaufen, hievon die Steuer und alle anderen öffentlichen Lasten gleich den Bürgern zu tragen haben.

In der *Schlußschrift* der Landschaft² wird bestritten, daß die Klage der Stadt nur einzelne Landleute in Graz betreffe. Es handle sich doch um die Freiheiten der Stände überhaupt. Die Stadt glaube aber, Einzelnen gegenüber eher Erfolg zu haben. Übrigens liege ja auch eine Beschwerde der Gesamtheit der Städte und Märkte vor, und müsse, was in Graz Rechtens ist, auch anderwärts gelten. Die Gemeinde wolle die Edelleute aus der Stadt verdrängen (!), um ihre Realitäten in den Besitz der Bürger zu bringen.

Schließlich werden die Streitpunkte in folgender Weise zusammengefaßt. Es handle sich darum,

1. ob die Städte und Märkte auf jene Häuser von Landleuten, welche nicht Freihäuser sind, mehr Steuer anzuschlagen berechtigt sind, als nach Maßgabe der jeweiligen Landtagsbewilligung entfällt und ob ein Edelmann deshalb, weil er in einer der fraglichen Gemeinden ein „steuermäßiges“ Haus hat, verpflichtet ist, mehr „als sein Haus angeht und betrifft“, zu versteuern;

2. ob die Landleute, welche in Städten und Märkten oder in deren Burgfrieden wohnen, Häuser und Edelmannsitz haben, auch von ihrem Weine und Getreide, welche sie für ihren Bedarf in ihre Häuser einführen, hinsichtlich des zum Verkaufe gelangenden Überschusses den Bürgern Steuer zu zahlen verpflichtet sind;

3. ob jene Herren und Landleute, welche in Städten oder Märkten steuerfreie oder steuerpflichtige Häuser

¹ Sieh oben S. 13.

² Undatiert, L.-H., Bd. 11, f. 28—33.

besitzen, dieselben aber nicht bewohnen, dann, wenn sie Wein und Getreide hereinführen und diese Produkte in ihren Häusern verkaufen, zu deren Versteuerung verpflichtet sind; endlich

4. ob die Landleute, welche im Burgfrieden von Städten und Märkten (unverbaute) Grundstücke (Weingärten, Wiesen u. s. w.) besitzen, auch diese der Gemeinde zu versteuern haben.

Ob, wann und wie eine landesfürstliche Entscheidung über alle diese strittigen Fragen erfolgte, ist aus den Akten nicht zu ersehen.

In der tatsächlichen Gestaltung der Besteuerungsverhältnisse wurde aber dem Standpunkte der Stadt alsbald mehr Rechnung getragen als zuvor, was auf einen wenigstens teilweisen Erfolg der bezüglichen Aktion schließen läßt.

Namentlich scheint es nun nicht mehr vorgekommen zu sein, daß Adelige ohne Zustimmung der Stadt bürgerliche Häuser erwarben und dann hinsichtlich dieser und des dasselbst betriebenen Weinausschanks Steuerprivilegien in Anspruch nahmen.

Aus der Zeit nach 1560 sind uns nämlich einige Reverse erhalten, worin sich Adelige, welche „mit Wissen und Willen“, also unter Zustimmung der Stadtgemeinde bürgerliche Häuser erworben hatten, für sich und ihre Erben verpflichten, hievon alle Steuern und sonstigen Lasten (Wacht, Skart, Robot und Torstehen) wie ein Bürger zu tragen und das Haus, falls sie es wieder verkaufen wollten, der Stadt zu dem von einem anderen angebotenen Preise „anzufailen“. Durch diesen Vorbehalt eines Vorkaufsrechtes sicherte sich die Stadt vor der im Falle einer Veräußerung an einen anderen Adelige[n] zu gewärtigenden Gefahr einer Steuerverweigerung.

Solche Reverse wurden ausgestellt: am 20. Oktober 1561 von dem Ritter und kaiserlichen Kriegsrate Sigmund Galler für sein von Hans Straßberger um 1400 fl gekauftes bürgerliches Haus in der Schmiedgasse,¹ ferner am 26. Mai 1562 von dem Ritter und landschaftlichen Kriegsrate Franz von Teuffenbach für sein von dem Bürger Hans Nürnbergberger um 1100 fl erkaufte Haus in der Bürgergasse,

¹ Landsch. Urk., Abt. G, Nr. 70.

wovon jährlich ein Heller „zu Grundrecht in die landesfürstliche Kammer gezinst wurde.“¹ In beiden Fällen verpflichteten sich die Aussteller auch für sich und ihre Erben, für den Fall, als sie mit Wein handeln sollten, diesen gebühlich zu versteuern. Die sonstigen Bewohner der Häuser (das ist die Mietparteien) seien verbunden, sich hinsichtlich ihrer Hantierung so zu verhalten, wie die Herberger in bürgerlichen Häusern, womit also auch deren Steuerpflicht anerkannt wurde. Im Jahre 1563 übernahm Kolomann Prunner von Vasoldsberg für sein von Balthasar Widtmann und dessen Geschwistern um 290 fl gekauftes Haus gegenüber dem Frauenkloster die Verpflichtung, die Steuern und sonstigen Lasten, wie die Bürger, zu tragen,² ähnlich mit Revers vom 10. Oktober 1592 der erzherzogliche Rat und Kuchlmeister Hans Radthaupt zum Rosenberg für das von ihm und seiner Frau im Jahre 1587 von dem ehemaligen Buchhalter Hieronymus Walter gekaufte bürgerliche Haus in der Kirchstraße.³

Vereinzelt kam es, und zwar mit landesfürstlicher Genehmigung, hinsichtlich der Steuerpflicht, beziehungsweise der Steuerfreiheit auch zu einem Tausche zwischen einem steuerpflichtigen und einem steuerfreien Hause des nämlichen Eigentümers, so durch den von Erzherzog Ferdinand am 18. April 1602 genehmigten Vergleich zwischen dem innerösterreichischen Kammervizepräsidenten Hans Jakob von Khuenburg und der Stadt Graz, wonach die Steuern und sonstigen bürgerlichen Lasten von seinem in der Judengasse erkauften, früher „Markhetischen“ Hause, welches zu keinem bürgerlichen Gewerbe tauglich sei, auf sein Khuenbergsches (offenbar bis dahin steuerfreies) Haus in der Herrengasse, welches zur bürgerlichen Hantierung viel bequemer sei, übertragen wurde.⁴

Daß durch die vielen Steuerbefreiungen von Häusern Adelliger den Grazer Bürgern die Aufbringung ihres Steuerkontingents wesentlich erschwert werde, wird auch in den Quellen des 17. Jahrhunderts wiederholt hervorgehoben. Um

¹ L.-A.-Urk. — Die landesfürstlichen Grundzinse betragen damals in Graz häufig nur 1 Heller, hatten also mehr den Charakter eines zur Wahrung des landesfürstlichen Obereigentums zu entrichtenden Anerkennungszinses, als den einer wirklichen Grundlast.

² Urk., Montag nach St. Lorenz, 1563 (Grazer Stadtarchiv, Nr. 348).

³ Grazer Stadtarchiv, Nr. 350.

⁴ Grazer Jahrbuch, nach einer abschriftl. L.-A.-Urk.

diesen Unzukömmlichkeiten einen Riegel vorzuschieben, entschied Kaiser Leopold I. mit Resolution vom 13. Oktober 1663,¹ daß in Graz „regulariter Keiner von Adel ein Haus von bürgerlichen Lasten befreit“, kaufen könne, damit die Bürgerschaft durch diese Lasten nicht allzusehr beschwert werde. Im Falle eines solchen Verkaufes habe daher die Bürgerschaft das Einstandsrecht, das heißt sie können mit dem gleichen Kaufschillinge als Käufer eintreten. Die Stadtgemeinde war hiedurch also in die Lage gesetzt, wenn ein steuerfreies Haus zum Verkaufe gelangte, durch ihren Eintritt als Käufer — allenfalls behufs weiterer Überlassung an bürgerliche Kauflustige — der Steuerfreiheit ein Ende zu bereiten.

Die Erteilung von Steuerbefreiungen durch die Stadtgemeinde selbst scheint nur ganz ausnahmsweise vorgekommen zu sein.

Von den wenigen heute noch nachweisbaren Fällen dieser Art betrifft der älteste die von der Landschaft zur Erbauung ihrer Stiftsschule angekauften Häuser in der Murgasse, welche die Stadt am 1. September 1570 von allen Steuern und sonstigen bürgerlichen Lasten befreite.² Die gleiche Befreiung wurde 1635 für das vom Minoritenkonvente im Jahre 1612 erkaufte Haus neben dem Kloster zugestanden,³ dann am 2. Jänner 1651 dem Prior und Konvent der Barmherzigen Brüder in der Murvorstadt für zwei zur Erweiterung des Klosters angekaufte Häuser.⁴ Bemerkenswert ist, daß es sich in dem ersten dieser Fälle um ein landschaftliches Schulgebäude, in dem dritten um Bauten eines der unentgeltlichen Krankenpflege obliegenden Ordens, also um eine Art Wohltätigkeitsanstalt handelt, daß hier somit Voraussetzungen vorliegen, unter welchen auch nach der heutigen Gesetzgebung die Steuerbefreiung aus dem Titel der Widmung eintreten würde. Übrigens ist den Barmherzigen Brüdern die Befreiung nicht ohne Gegenleistung erteilt worden. Vielmehr wird dieselbe damit begründet, daß das Kloster der Stadt „deshalb annehmliche Satisfaktion und

¹ Beckmann, *Idea juris*, S. 182.

² Peinlich, *Zur Gesch. d. Gymn. in Graz*, *Gymn.-Progr.* 1866, S. 8.

³ *Grazer Jahrbuch*, nach einem Prozeßakt im Minoritenkloster.

⁴ L.-A.-Urk.

Befriedigungsmittel, deren wir wohl vergnügt sind, geleistet“ habe. Worin diese bestanden, wird allerdings nicht gesagt.

Der letztbezeichnete Fall berührt sich daher mehr oder weniger mit jenen, wo die Stadtgemeinde die Steuerbefreiung gegen eine einmalige Pauschalabfindung zugestand, indem die Steuerpflicht durch ein vereinbartes Entschädigungskapital für alle Zukunft abgelöst wurde.

Für das von der steirischen Landschaft angekaufte Rindschadtsche Haus bewilligte Erzherzog Karl im Landtag am 5. März 1581 die Steuerbefreiung vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtgemeinde und einer mit dieser zu vereinbarenden Geldentschädigung („leidentlichen Ergötzlichkeit“). Der bezügliche Vertrag mit der Stadt kam erst am 1. April 1594 zustande. Hierin wurde die Befreiung von Steuern und sonstigen bürgerlichen Lasten für so lange ausgesprochen, als das Land im Besitze des Hauses sein werde. Die Entschädigungssumme vereinbarte man mit 1000 fl.¹ Es liegt hier also der Fall einer landesfürstlichen Steuerbefreiung vor, deren Rechtswirksamkeit von dem Abschlusse eines Steuerablösungsvertrages mit der Gemeinde, also gewissermaßen von der Zustimmung der letzteren abhängig gemacht wurde. Charakteristisch ist auch der Umstand, daß man sich diesmal nicht zu einer unentgeltlichen Befreiung entschloß, obgleich das Haus von der Landschaft selbst erworben worden war. Es schien der Gemeinde eben offenbar nicht tunlich, die ohnehin schon stark zusammengeschmolzene Anzahl der steuerpflichtigen bürgerlichen Häuser ohne entsprechende Gegenleistung noch weiter zu verringern.

Am 7. Dezember 1677 erteilte die Stadt dem innerösterreichischen Regierungskanzler Thomas von Mauerburg wegen seiner Verdienste um das Gemeinwesen für sein Haus im zweiten Sacke, welches er von den Erben Tobias Reißners gekauft hatte, gegen eine Ablösungssumme von 800 fl. die Befreiung von allen Steuern und bürgerlichen Lasten, was Kaiser Leopold I. am 19. Jänner 1678 genehmigte.² Diese Pauschalablösung war für die Stadt insoferne sehr vorteilhaft, als das Haus bis dahin nur 24 fl. an Zins und Steuer und 3 fl. an Wachtgeld getragen hatte.

¹ L.-A.-Urk. u. Ratschlag d. Land- u. Hofrechtes v. 19. März 1594 (L.-H., Bd. 40, f. 146).

² L.-A., Dipl. 186 a.

Mit Vertrag vom 26. August 1701 verpflichtete sich Anton Conduzi von Heldenfeld, die Steuer von seinen zwei Grazer Häusern, die damals 47 fl. 2 β 12 ſ betrug, durch Erlag von 1000 fl. abzulösen,¹ wogegen die Stadt für alle Zukunft, und zwar auch für den Fall einer Erhöhung des Anschlages, auf die Besteuerung jener Häuser verzichtete. Außerdem erlegte Conduzi ein Kapital von 200 fl., dessen 5%ige Zinsen der Stadtrichter und der Stadtschreiber als Entgelt für den Entgang der Schätzgebühr von den fraglichen Häusern beziehen sollten, welche ihnen für die nach dem allgemeinen Rechte der Stadt Graz (d. h. offenbar für die jährliche Schätzung zu Steuerbemessungszwecken) zugekommen wäre. Also eine Entschädigung der Steuerbemessungsorgane für den ihnen durch den Wegfall künftiger Steuervorschreibungen erwachsenden Einkommensausfall! Eine Leistung, welche die Uneigennützigkeit des damaligen Stadtrichters, beziehungsweise Stadtschreibers in einem eigentümlichen Lichte erscheinen läßt.

Überhaupt zeigen die erwähnten Vereinbarungen, daß die Stadt bei der Bemessung der Steuerablösungskapitalien ihren Vorteil zu wahren und einer weiteren Schmälerung der städtischen Steuerrepartitionsbasis durch Steuerbegünstigungen landständischer Hausbesitzer auch sonst wirksamer vorzubauen wußte, als dies bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts der Fall gewesen war. Daß sich diese Entwicklung nicht ohne lebhaften Widerstand der bevorrechteten Stände vollzog, dürfte aus den vorstehenden Ausführungen, ungeachtet der großen Lückenhaftigkeit der einschlägigen Quellen, zur Genüge hervorgehen. Die Privilegierten wollten eben zur Tragung der Lasten des Gemeinwesens, in dessen Mitte sie sich in stets zunehmender Anzahl niedergelassen hatten, so wenig als möglich beitragen — eine Erscheinung, für welche sich ja auch auf dem Gebiete des Steuerwesens jederzeit und überall Parallelen finden.

¹ Im Vertrage wird bemerkt, daß der Zinsertrag der 1000 fl. den damaligen Steuerbetrag übersteige.